Bundesbeschluss über Massnahmen in der Arbeitslosenversicherung

vom 19. März 1993

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 34^{novies} der Bundesverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 27. Januar 1993¹⁾,
beschliesst:

I

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 25. Juni 1982²⁾ (AVIG) wird für die Geltungsdauer dieses Beschlusses wie folgt geändert:

Art. 16 Abs. 1^{bis}

^{1bis} Erfüllt eine Arbeit alle Bedingungen der Zumutbarkeit mit Ausnahme derjenigen von Absatz 1 Buchstabe e, so gilt sie als zumutbar, solange der Versicherte Kompensationsleistungen nach Artikel 24 (Zwischenverdienst) erhält.

Art. 22 Abs. 1^{bis}

^{1bis} Ein Taggeld in der Höhe von 70 Prozent des versicherten Verdienstes erhalten Versicherte:

- a. die keinen Anspruch auf Kinderzulagen oder auf Zuschlag nach Absatz 1 haben; und
- b. welche die elterliche Gewalt über ein zulageberechtigtes Kind nicht alleine innehaben und denen nicht die Obhut für ihr Kind durch Gerichtsbeschluss übertragen worden ist; und
- c. deren Taggeld 130 Franken übersteigt; und
- d. die nicht invalid sind.

Art. 23 Abs. 4

⁴ Beruht die Verdienstberechnung auf einem Zwischenverdienst (Art. 24), den der Versicherte in der Beitragsrahmenfrist (Art. 9 Abs. 3) erzielt hat, so wird die ergänzende Arbeitslosenentschädigung für die Ermittlung des versicherten Verdienstes mitberücksichtigt, wie wenn darauf Beiträge zu entrichten wären.

¹⁾ BBl 1993 I 677

²⁾ SR 837.0

*Art. 27 Abs. 5, letzter Satz*⁵ ...

... . Er darf jedoch die Höchstzahl von 400 Taggeldern nicht überschreiten.

*Art. 28 Abs. 1, zweiter Satz**Aufgehoben**Art. 35 Abs. 2*

² Der Bundesrat kann bei andauernder erheblicher Arbeitslosigkeit die Höchstdauer der Leistungen allgemein oder für einzelne besonders hart betroffene Regionen oder Wirtschaftszweige um höchstens zwölf Abrechnungsperioden erhöhen.

Art. 40 Kontrollvorschriften

¹ Bei Kurzarbeit wird in der Regel keine Stempelkontrolle durchgeführt.

² Die kantonale Amtsstelle kann eine Stempelkontrolle anordnen.

Art. 75 Abs. 1^{bis}

^{1bis} Der Bundesrat kann bei Beschäftigungsprogrammen für Arbeitslose, die ihren Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung noch nicht ausgeschöpft haben, die Beiträge nach Absatz 1 bis auf 85 Prozent, in Ausnahmefällen bis auf 100 Prozent erhöhen.

II

Schlussbestimmungen

¹ Dieser Bundesbeschluss ist allgemeinverbindlich.

² Er wird nach Artikel 89^{bis} Absatz 1 der Bundesverfassung dringlich erklärt und tritt am 1. April 1993 in Kraft.

³ Er untersteht nach Artikel 89^{bis} Absatz 2 der Bundesverfassung dem fakultativen Referendum und gilt bis zum 31. Dezember 1995.

⁴ Der Bundesrat kann den Beschluss ganz oder teilweise vorzeitig aufheben.

Nationalrat, 19. März 1993

Der Präsident: Schmidhalter
Der Protokollführer: Anliker

Ständerat, 19. März 1993

Der Präsident: Piller
Der Sekretär: Lanz